

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1964

Ausgegeben am 3. April 1964

21. Stück

- 54.** Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen.
- 55.** Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen.

### 54.

Nachdem das am 18. Oktober 1962 in Luxemburg unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, welches also lautet:

#### A b k o m m e n

zwischen der Republik Österreich und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen.

Der Bundespräsident der Republik Österreich und Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg sind, von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen die Doppelbesteuerung nach Möglichkeit zu vermeiden, übereingekommen, ein Abkommen abzuschließen. Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:  
Herrn Dr. Ernst Lemberger, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der Republik Österreich im Großherzogtum Luxemburg.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg:  
Herrn Eugène Schaus, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Pierre Werner, Minister der Finanzen.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

#### Artikel 1

(1) Dieses Abkommen findet Anwendung auf natürliche und juristische Personen, die ihren Wohnsitz im Sinne des Artikels 2 in der Republik Österreich oder im Großherzogtum Luxemburg oder in beiden Vertragstaaten haben.

(2) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines jeden der beiden Vertragstaaten, seiner Län-

der, Gemeinden oder Gemeindeverbände (auch in Form von Zuschlägen) erhoben werden.

(3) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(4) Zu den Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören zur Zeit:

1. in der Republik Österreich:

- a) die Einkommensteuer,
- b) die Körperschaftsteuer,
- c) die Vermögensteuer,
- d) der Beitrag vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleiches,
- e) die Aufsichtsratsabgabe,
- f) die Gewerbesteuer (einschließlich der Lohnsummensteuer),
- g) die Grundsteuer,
- h) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben,
- i) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken,
- j) die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind;

2. im Großherzogtum Luxemburg:

- a) die Einkommensteuer,
- b) die Körperschaftsteuer,
- c) die besondere Steuer von Tantiemen,
- d) die Vermögensteuer,
- e) die Gewerbesteuer (einschließlich der Lohnsummensteuer),
- f) die Grundsteuer.

(5) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den geltenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die obersten Finanzbehörden der beiden Vertragsstaaten werden sich am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mitteilen.

(6) Die in diesem Abkommen genannten obersten Finanzbehörden sind auf seiten der Republik Österreich das Bundesministerium für Finanzen und auf seiten des Großherzogtums Luxemburg der Minister der Finanzen oder sein bevollmächtigter Vertreter.

#### Artikel 2

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten Einkünfte, für die in diesem Abkommen keine Regelung getroffen ist, so hat dieser Vertragsstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten“ eine natürliche Person, die nach dem Recht dieses Vertragsstaates dort auf Grund ihres Wohnsitzes oder ihres gewöhnlichen Aufenthaltes steuerpflichtig ist, oder eine juristische Person, die nach dem Recht dieses Vertragsstaates dort auf Grund ihres Sitzes oder des Ortes ihrer tatsächlichen Leitung steuerpflichtig ist.

(3) Ergibt sich nach den Bestimmungen des Absatzes 2 für eine natürliche Person ein Wohnsitz in beiden Vertragsstaaten, so ist der Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens wie folgt zu ermitteln:

- a) der Wohnsitz einer natürlichen Person gilt als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt ihr Wohnsitz als in dem Vertragsstaat gelegen, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem der beiden Vertragsstaaten die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat; oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt ihr Wohnsitz als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden oder in keinem der beiden Vertragsstaaten, so gilt ihr Wohnsitz als in dem Vertragsstaat gelegen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt;
- d) gehört die Person beiden oder keinem der Vertragsstaaten an, so werden die obersten Finanzbehörden der beiden Vertragsstaaten die Frage im beiderseitigen Einvernehmen regeln.

(4) Ergibt sich nach den Bestimmungen des Absatzes 2 für eine juristische Person ein Wohnsitz in beiden Vertragsstaaten, so gilt ihr Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Leitung befindet. Dasselbe gilt für Personengesellschaften und andere Personenvereinigungen, die nach den für sie maßgebenden innerstaatlichen Gesetzen keine juristischen Personen sind.

#### Artikel 3

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das in dem anderen Vertragsstaat liegt, so hat der andere Vertragsstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Der Begriff „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Begriff umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechtes über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens. Er gilt ferner für Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines gewerblichen Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

#### Artikel 4

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten Einkünfte aus einem gewerblichen Unternehmen, dessen Tätigkeit sich auf das Gebiet des anderen Vertragsstaates erstreckt, so hat der andere Vertragsstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte nur insoweit, als sie auf eine dort befindliche Betriebsstätte des Unternehmens entfallen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 sind auch auf Einkünfte aus offenen oder stillen Beteiligungen an einem gesellschaftlichen Unternehmen anzuwenden, mit Ausnahme der Beteiligungen in Form von Aktien, Kuxen, Genußscheinen, Obligationen mit Gewinnbeteiligung, sonstigen Wertpapieren sowie der Anteile an Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten sowohl für die durch unmittelbare Nutzung als auch für die

durch Vermietung, Verpachtung und jede andere Art der Nutzung des gewerblichen Unternehmens erzielten Einkünfte, sowie für Einkünfte aus der Veräußerung eines Unternehmens im ganzen, eines Anteiles am Unternehmen, eines Teilbetriebes oder von Gegenständen, die im Unternehmen benutzt werden.

(4) Der Betriebsstätte sollen diejenigen Einkünfte zugewiesen werden, die sie erzielt hätte, wenn sie sich als selbständiges Unternehmen mit gleichen oder ähnlichen Geschäften unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen befaßte und Geschäfte wie ein unabhängiges Unternehmen tätigte.

(5) Bei der Ermittlung der aus der Tätigkeit einer Betriebsstätte erzielten Einkünfte ist grundsätzlich vom Bilanzergebnis der Betriebsstätte auszugehen. Dabei sollen alle der Betriebsstätte zurechenbaren Ausgaben einschließlich eines Anteils an den allgemeinen Verwaltungskosten des Unternehmens berücksichtigt, jedoch künstliche Gewinnverlagerungen ausgeschlossen werden; insbesondere ist die Vereinbarung von Zinsen oder Lizenzgebühren zwischen den Betriebsstätten desselben Unternehmens unbeachtlich.

(6) In besonders gelagerten Fällen kann bei der Ermittlung der Einkünfte der Gesamtgewinn des Unternehmens aufgeteilt werden. Bei Versicherungsunternehmen kann in solchen Fällen als Maßstab das Verhältnis der Rohprämieinnahmen der Betriebsstätte zu den gesamten Rohprämieinnahmen des Unternehmens zugrunde gelegt werden. Die obersten Finanzbehörden der beiden Vertragsstaaten sollen sich zu einem möglichst frühen Zeitpunkt verständigen, wenn dies für die Aufteilung der Einkünfte im einzelnen Fall erforderlich ist.

(7) Absatz 1 ist entsprechend auf die Gewerbesteuer anzuwenden, die von einer anderen Bemessungsgrundlage als den Einkünften erhoben wird.

#### Artikel 5

(1) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ bedeutet eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) den Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebsstätten gelten nicht:

- a) die Benutzung von Einrichtungen ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren;
- b) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung;
- c) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Bearbeitung oder Verarbeitung durch ein anderes Unternehmen;
- d) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zum Einkauf von Gütern oder Waren oder zur Beschaffung von Informationen für das Unternehmen;
- e) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zur Werbung, zur Erteilung von Auskünften, zur wissenschaftlichen Forschung oder zur Ausübung ähnlicher Tätigkeiten, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Die Tatsache, daß eine Person in einem der beiden Vertragsstaaten für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig ist — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — begründet eine in dem erstgenannten Vertragsstaat gelegene Betriebsstätte, wenn diese Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens in diesem Vertragsstaat Verträge abzuschließen, und diese Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines der beiden Vertragsstaaten wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Die Tatsache, daß eine juristische Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten eine juristische Person beherrscht oder von einer solchen beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ihren Wohnsitz hat oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, macht für sich allein keine dieser juristischen Personen zur Betriebsstätte der anderen.

(7) Ein Versicherungsunternehmen eines der beiden Vertragsstaaten begründet eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, wenn das Unternehmen durch einen Vertreter — mit Ausnahme eines Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — im Gebiet des anderen Vertragsstaates Prämien empfängt, oder durch den Vertreter in diesem Gebiet gelegene Risiken versichert.

**Artikel 6**

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsführung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsführung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die zwischen unabhängigen Unternehmen vereinbart würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen hätte erzielen können, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

**Artikel 7**

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr, so hat nur der Vertragsstaat das Besteuerungsrecht, in dem sich der Ort der tatsächlichen Leitung des Unternehmens befindet.

(2) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen, so hat nur der Vertragsstaat das Besteuerungsrecht, in dem sich der Ort der tatsächlichen Leitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Leitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ihren Wohnsitz hat.

(4) Absatz 1 gilt auch, wenn ein Unternehmen der Schifffahrt oder der Luftfahrt eines der beiden Vertragsstaaten im Gebiet des anderen Vertragsstaates eine Agentur für die Beförderung von Personen oder Waren betreibt. Dies gilt jedoch nur für Tätigkeiten, die unmittelbar mit dem Betrieb der Schifffahrt oder Luftfahrt einschließlich des Zubringerdienstes zusammenhängen.

(5) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 4 gelten auch für Beteiligungen von Unternehmen der Luftfahrt an einem Pool oder einer Betriebsgemeinschaft.

(6) Dieser Artikel ist entsprechend auf die Gewerbesteuer anzuwenden, die von einer anderen Bemessungsgrundlage als den Einkünften erhoben wird.

**Artikel 8**

Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten Einkünfte aus der Veräußerung einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, die ihren Wohnsitz in dem anderen Vertragsstaat hat, so hat der erstgenannte Vertragsstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Werden diese Einkünfte durch eine im anderen Vertragsstaat gelegene Betriebstätte erzielt, so steht das Besteuerungsrecht nur diesem Vertragsstaat zu.

**Artikel 9**

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten aus dem anderen Vertragsstaat Lizenzgebühren, so hat nur der Vertragsstaat das Besteuerungsrecht, in dem diese Person ihren Wohnsitz hat.

(2) Lizenzgebühren im Sinne des Absatzes 1, die von einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten an eine Person mit Wohnsitz im anderen Vertragsstaat bezahlt werden, die zu mehr als 50 v. H. am Grund- oder Stammkapital der auszahlenden Kapitalgesellschaft beteiligt ist, können abweichend von den Bestimmungen des Absatzes 1 in dem erstgenannten Vertragsstaat besteuert werden; die Steuer darf jedoch 10 v. H. des Rohbetrages der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Auf Antrag des Empfängers der Lizenzgebühren ist diese Steuer vom anderen Vertragsstaat auf seine Steuer anzurechnen, die auf diese Einkünfte entfällt.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Markenrechten, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung eines im Absatz 3 angeführten Rechtes oder Vermögenswertes werden nur in dem Vertragsstaat besteuert, in dem der Veräußerer seinen Wohnsitz hat.

(5) Die Absätze 1, 2 und 4 sind nicht anzuwenden, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren oder Gewinne mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 4 anzuwenden.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel 10

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten Dividenden, die von einer Gesellschaft mit Wohnsitz in dem anderen Vertragsstaat gezahlt werden, so hat der Vertragsstaat das Besteuerungsrecht, in dem diese Person ihren Wohnsitz hat.

(2) Jedoch darf der Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ihren Wohnsitz hat, diese Dividenden nach seinem eigenen Recht besteuern; der Satz der von ihm erhobenen Steuer darf aber nicht übersteigen:

- a) 5 v. H. des Bruttobetrages der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen eine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 v. H. des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 v. H. des Bruttobetrages der Dividenden in allen anderen Fällen.

(3) Auf Antrag des Empfängers der Dividenden ist die Steuer, die gemäß Absatz 2 in dem Vertragsstaat erhoben wird, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ihren Wohnsitz hat, vom anderen Vertragsstaat auf seine Steuer vom Einkommen, die auf diese Dividenden entfällt, anzurechnen.

(4) Dividenden, die von einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten an eine Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in dem anderen Vertragsstaat gezahlt werden, sind in diesem anderen Staat von der Besteuerung ausgenommen, aber nur insofern die Dividenden gemäß den Gesetzen dieses Staates von der Besteuerung ausgenommen wären, wenn beide Gesellschaften ihren Wohnsitz in diesem Staat gehabt hätten. In diesem Fall sind die Bestimmungen des Absatzes 3 nicht anzuwenden.

(5) Absatz 2 berührt nicht das Recht des Vertragsstaates, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ihren Wohnsitz hat, diese Dividenden mit dem vollen Satz im Abzugsweg an der Quelle zu besteuern. Wenn die Steuer im Abzugsweg erhoben wird, ist sie, soweit sie die im Absatz 2 festgelegten Steuersätze übersteigt, auf Antrag rückzuerstatten. Der Antrag auf Rückerstattung muß innerhalb von zwei Jahren

nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die der Steuer unterliegende Leistung fällig geworden ist, bei der zuständigen Behörde des Wohnsitzstaates eingebracht werden.

(6) Die obersten Finanzbehörden der beiden Vertragsstaaten werden sich über das Verfahren zur Durchführung der Entlastung von den im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuern von Dividenden, insbesondere über die Form der erforderlichen Bescheinigungen und Anträge, über die Art der beizubringenden Beweise sowie über die gegen die mißbräuchliche Geltendmachung von Entlastungsansprüchen zu treffenden Maßnahmen verständigen. Hierbei soll keiner der beiden Vertragsstaaten verpflichtet werden, Maßnahmen zu treffen, die seiner Gesetzgebung nicht entsprechen.

(7) Bezüglich der Ansprüche, die nach Absatz 2 den Angehörigen diplomatischer oder konsularischer Vertretungen sowie den internationalen Organisationen, ihren Organen und Beamten zustehen, sind folgende Regeln anzuwenden:

- a) Bei Angehörigen einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung des einen Vertragsstaates, die im anderen Vertragsstaat oder in dritten Staaten residieren und die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen, gilt der Wohnsitz als in diesem letzteren Vertragsstaat gelegen, sofern sie dort zur Entrichtung direkter Steuern von Dividenden, die im anderen Vertragsstaat einer im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuer unterliegen, verpflichtet sind.
- b) Internationale Organisationen und ihre Organe sowie die Beamten solcher Organisationen und das Personal diplomatischer oder konsularischer Vertretungen eines dritten Staates, die sich in einem der beiden Vertragsstaaten aufhalten oder dort residieren und in diesem Vertragsstaat von der Entrichtung direkter Steuern von Dividenden befreit sind, haben keinen Anspruch auf Entlastung von den im anderen Vertragsstaat im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuern.

(8) Steht dem Einkommensempfänger bereits nach der Gesetzgebung des die Steuern erhebenden Staates ein Anspruch auf völlige Entlastung von den Quellensteuern zu, so kann die Entlastung nicht gemäß Absatz 5 dieses Artikels, sondern nur nach der inneren Gesetzgebung des genannten Staates erfolgen.

(9) Absatz 2 berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(10) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußaktien oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammenden Einkünften,

die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ihren Wohnsitz hat, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt werden. Einkünfte aus Forderungen oder aus Beteiligungen als stiller Gesellschafter gelten nicht als Dividenden.

(1) Die vorhergehenden Absätze sind nicht anzuwenden, wenn der Dividendenempfänger mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragstaaten in dem anderen Vertragstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ihren Wohnsitz hat, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 4 anzuwenden.

#### Artikel 11.

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragstaaten aus dem anderen Vertragstaat Zinsen, so hat nur der Vertragstaat das Besteuerungsrecht, in dem diese Person ihren Wohnsitz hat.

(2) Die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 5 bis 8 sind sinngemäß anzuwenden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrecht an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art, sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt werden. Einkünfte aus Beteiligungen als stiller Gesellschafter gelten nicht als Zinsen.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der Zinsenempfänger mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragstaaten in dem anderen Vertragstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 4 anzuwenden.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragstaaten und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel 12

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragstaaten Einkünfte aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art, so hat nur dieser Staat das Besteuerungsrecht, es sei denn, daß die Per-

son für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so sind diese Einkünfte in dem anderen Vertragstaat zu besteuern, aber nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zuzurechnen sind.

(2) Als freier Beruf gilt insbesondere die selbständige wissenschaftliche, künstlerische, schriftstellerische, unterrichtende oder erzieherische Erwerbstätigkeit und die selbständige Erwerbstätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure, Wirtschaftstreuhänder und Patentanwälte.

#### Artikel 13.

(1) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragstaaten als Mitglied eines Aufsichtsrates oder Verwaltungsrates oder als nichtgeschäftsführendes Mitglied ähnlicher Organe Vergütungen von einer juristischen Person, die ihren Wohnsitz in dem anderen Vertragstaat hat, so hat der andere Vertragstaat das Besteuerungsrecht für diese Vergütungen.

(2) Absatz 1 gilt nur für Vergütungen, die für eine beaufsichtigende Tätigkeit gewährt werden. Vergütungen für eine andere Tätigkeit sind nach den Artikeln 12 oder 14 zu behandeln.

#### Artikel 14.

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragstaaten Gehälter, Löhne oder ähnliche Vergütungen aus unselbständiger Arbeit, so hat, vorbehaltlich der Artikel 16 und 17, nur dieser Staat das Besteuerungsrecht, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so werden die dafür bezogenen Vergütungen in diesem anderen Staat besteuert.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 werden Vergütungen, die eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragstaaten für eine in dem anderen Vertragstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert, wenn:

- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat seinen Wohnsitz hat, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für

Dienstleistungen, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschiffahrt dient, erbracht werden, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Leitung des Unternehmens befindet.

(4) Absatz 1 gilt nicht für Studenten einer Hochschule, technischen Schule oder ähnlichen Lehranstalt eines der beiden Vertragsstaaten, die gegen Entgelt bei einem Unternehmen in dem anderen Vertragsstaat nicht länger als 183 Tage während eines Kalenderjahres beschäftigt werden, um eine praktische Ausbildung zu erhalten.

#### Artikel 15

Ungeachtet der Bestimmungen der Artikel 12 und 14 Absatz 2 werden Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker sowie Sportler, mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten aus ihrer in dieser Eigenschaft in dem anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, nur in dem Vertragsstaat besteuert, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

#### Artikel 16

Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, so hat, vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 17 Absatz 1, nur der Vertragsstaat das Besteuerungsrecht, in dem diese Person ihren Wohnsitz hat.

#### Artikel 17

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten Einkünfte aus Gehältern, Löhnen oder ähnlichen Vergütungen oder aus Ruhegehältern, Witwen- und Waisenspensionen, die der andere Staat oder die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände oder andere Körperschaften des öffentlichen Rechtes jenes anderen Staates für gegenwärtige oder frühere Dienste oder Arbeitsleistungen gewähren, so hat abweichend von den Bestimmungen der Artikel 14 und 16 dieser andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Das gleiche gilt auch für Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung dieses anderen Staates.

(2) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften oder einer der im Absatz 1 genannten Körperschaften des öffentlichen Rechtes erbracht werden, finden die Artikel 14 und 16 Anwendung.

(3) Ob eine Körperschaft eine solche des öffentlichen Rechtes ist, wird nach den Gesetzen des Staates entschieden, in dem sie errichtet ist.

#### Artikel 18

Zahlungen, die ein Student oder Lehrling aus einem der Vertragsstaaten, der sich in dem anderen Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in diesem anderen Vertragsstaat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses anderen Staates zufließen.

#### Artikel 19

(1) Das Besteuerungsrecht für Vermögen einer Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten, soweit es besteht aus:

- a) unbeweglichem Vermögen (Artikel 3),
- b) Vermögen, das einem gewerblichen Unternehmen dient (Artikel 4 und 7),
- c) Vermögen, das der Ausübung freier Berufe dient (Artikel 12),

hat der Vertragsstaat, dem das Besteuerungsrecht für die Einkünfte aus diesem Vermögen zusteht.

(2) Das Besteuerungsrecht für anderes Vermögen einer Person hat der Vertragsstaat, in dem diese Person ihren Wohnsitz hat.

(3) Anteile an einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten, die einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in dem anderen Vertragsstaat gehören, sind in dem anderen Vertragsstaat von der Besteuerung ausgenommen, sofern diese Anteile gemäß den Gesetzen dieses anderen Vertragsstaates von der Besteuerung ausgenommen wären, wenn die beiden Gesellschaften ihren Wohnsitz in diesem anderen Staat gehabt hätten.

#### Artikel 20

(1) Einkünfte und Vermögen, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens der Besteuerung in einem der beiden Vertragsstaaten unterliegen, dürfen in dem anderen Vertragsstaat auch nicht durch Abzug an der Quelle besteuert werden. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der Artikel 9, 10 und 11.

(2) Ungeachtet der Bestimmung des Absatzes 1 beschränkt dieses Abkommen nicht die Befugnis jedes der beiden Vertragsstaaten, die Steuern bei jenen Personen, die ihren Wohnsitz in seinem Gebiet haben, auf die ihm zur Besteuerung zugewiesenen Einkommensteile oder Vermögenssteile zu den dem Gesamteinkommen oder Gesamtvermögen der Steuerpflichtigen entsprechenden Sätzen zu berechnen.

#### Artikel 21

Dieses Abkommen berührt nicht den Anspruch auf etwaige weitergehende Befreiungen, die nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechtes oder besonderen Vereinbarungen den Angehörigen der diplomatischen oder konsularischen Vertretungen

zustehen. Soweit auf Grund solcher weitergehenden Befreiungen Einkünfte und Vermögen im Empfangsstaat nicht besteuert werden, bleibt die Besteuerung dem Entsendestaat vorbehalten.

#### Artikel 22

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates dürfen in dem anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bedeutet:

- a) alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates besitzen;
- b) alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden sind.

(3) Die Besteuerung von Betriebstätten, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Vertragsstaat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen dieses anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht dahin auszulegen, daß sie einen Vertragsstaat verpflichtet, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den Personen gewährt, die ihren Wohnsitz in seinem Gebiet haben.

(4) Die Unternehmen eines Vertragsstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer Person mit Wohnsitz in dem anderen Vertragsstaat oder mehreren solchen Personen gehört oder der Kontrolle dieser Person unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat keiner Besteuerung oder einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Der Ausdruck „Besteuerung“ bezieht sich auf Steuern im Sinne dieses Abkommens.

#### Artikel 23

(1) Ist eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Vertragsstaaten der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten

vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der obersten Finanzbehörde des Vertragsstaates unterbreiten, in dem sie ihren Wohnsitz hat.

(2) Hält die oberste Finanzbehörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der obersten Finanzbehörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die obersten Finanzbehörden der beiden Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die obersten Finanzbehörden der beiden Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der obersten Finanzbehörden der beiden Vertragsstaaten besteht.

#### Artikel 24

(1) Die obersten Finanzbehörden der beiden Vertragsstaaten werden sich die Mitteilungen machen, die zur Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Vermeidung von Steuerverkürzungen, notwendig sind. Die obersten Finanzbehörden sind jedoch nicht verpflichtet, Auskünfte zu erteilen, die nicht auf Grund der bei den Finanzbehörden vorhandenen Unterlagen gegeben werden können, sondern gesonderte Ermittlungen erfordern würden. Der Inhalt der auf Grund dieses Artikels zur Kenntnis der obersten Finanzbehörden gelangten Mitteilungen ist geheimzuhalten, unbeschadet der Befugnis, ihn Personen und Behörden zugänglich zu machen, die nach den gesetzlichen Vorschriften bei der Festsetzung oder Einhebung der Steuern im Sinne dieses Abkommens mitwirken. Diese Personen und Behörden haben die gleiche Verpflichtung wie die obersten Finanzbehörden.

(2) Absatz 1 ist in keinem Fall so auszulegen, daß einem der Vertragsstaaten die Verpflichtung auferlegt wird,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die seinen gesetzlichen Vorschriften oder seiner Verwaltungspraxis widersprechen,
- b) Einzelheiten mitzuteilen, deren Angabe nach den gesetzlichen Vorschriften des einen oder anderen Vertragsstaates nicht gefordert werden kann.



(3) Mitteilungen, die ein gewerbliches oder berufliches Geheimnis offenbaren würden, dürfen nicht gegeben werden.

#### Artikel 25

Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen der beiden Vertragsstaaten ist, soweit sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, jeder in diesem Abkommen nicht umschriebene Begriff nach den Gesetzen dieses Vertragsstaates auszulegen, die sich auf die Steuern im Sinne dieses Abkommens beziehen.

#### Artikel 26

(1) Dieses Abkommen findet keine Anwendung auf Holdinggesellschaften im Sinne der besonderen luxemburgischen Gesetze (zurzeit Gesetze vom 31. Juli 1929 und vom 27. Dezember 1937). Es ist auch nicht auf Einkünfte anzuwenden, die eine Person mit Wohnsitz in Österreich von diesen Holdinggesellschaften bezieht, und für Anteile an diesen Gesellschaften, die dieser Person gehören.

(2) Dieses Abkommen erstreckt sich nicht auf einmalige Abgaben vom Vermögen und vom Vermögenszuwachs.

(3) Die beiden Vertragsstaaten nehmen in Aussicht, eine Hilfeleistung bei der Festsetzung und Einhebung der den Gegenstand dieses Abkommens bildenden Steuern in einem besonderen Abkommen zu regeln.

#### Artikel 27

(1) Dieses Abkommen soll ratifiziert werden und die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie

möglich in Wien ausgetauscht werden; es tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

#### Artikel 28

Nach Austausch der Ratifikationsurkunden finden die Bestimmungen des Abkommens für die Steuerjahre Anwendung, die am oder nach dem 1. Jänner 1961 beginnen.

#### Artikel 29

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der beiden Vertragsstaaten gekündigt worden ist. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist auf das Ende eines Kalenderjahres kündigen. In diesem Fall wird das Abkommen letztmals auf die Steuern angewendet, die für die Zeit bis zum 31. Dezember des Jahres erhoben werden, zu dessen Ende die Kündigung erfolgt ist.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Luxemburg, am 18. Oktober 1962, in zweifacher Ausfertigung.

Für die Republik Österreich:

Dr. Lemberger

Für das Großherzogtum Luxemburg:

E. Schaus

P. Werner

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Abkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesem Abkommen enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 30. April 1963.

Der Bundespräsident:

Schärf

Der Bundeskanzler:

Gorbach

Der Bundesminister für Finanzen:

Korinek

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kreisky

Dieses Abkommen ist gemäß seinem Artikel 27 am 7. Feber 1964 in Kraft getreten.

Gorbach

## 55.

Nachdem das am 8. Oktober 1963 in Wien unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, welches also lautet:

**ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK FINNLAND ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN**

Der Bundespräsident der Republik Österreich und der Präsident der Republik Finnland, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen, haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:  
Herrn Dr. Josef Stangelberger, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Der Präsident der Republik Finnland:  
Herrn Otso Wartiovaara, außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Republik Finnland in Wien

die, nachdem sie sich ihre Vollmachten mitgeteilt und in guter und gehöriger Form befunden haben, übereingekommen sind wie folgt:

**Artikel 1**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

**Artikel 2**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten oder seiner Gebietskörperschaften (in Finnland auch der Kirchengemeinden) erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens.

(3) Zu den Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören zurzeit:

**SOPIMUS ITÄVALLAN TASAVALLAN JA SUOMEN TASAVALLAN VÄLILLÄ TULON JA OMAISUUDEN KAKSINKERTAISEN VEROTUKSEN ESTÄMISEKSI**

Itävallan Tasavallan Liittopresidentti ja Suomen Tasavallan Presidentti ovat, haluten tehdä sopimuksen tulon ja omaisuuden kaksinkertaisen verotuksen estämiseksi, tässä tarkoituksessa määränneet valtuutetuikseen:

Itävallan Tasavallan Liittopresidentti:  
tri Josef Stangelbergerin, Liittovaltion valtiovarainministeriön osastopäällikön

Suomen Tasavallan Presidentti:  
Tasavallan täysivaltaisen erikoissuurlähettilään Wienissä Otso Wartiovaaran

jotka esitettyään toisilleen valtakirjansa ja todettuaan niiden olevan oikeat ja asianmukaiset, ovat sopineet seuraavasta:

**1 artikla**

Tätä sopimusta sovelletaan henkilöihin, joilla on kotipaikka jommassakummassa tai kummasakin sopimusvaltiossa.

**2 artikla**

(1) Tätä sopimusta sovelletaan sopimusvaltiolle tai sen alueelliselle yhdyskunnalle (Suomessa myös seurakunnalle) tulon ja omaisuuden perusteella suoritettaviin veroihin niiden kantotavasta riippumatta.

(2) Tulon ja omaisuuden perusteella suoritettavina veroina pidetään kaikkia kokonaistulosta, koko varallisuudesta taikka tulon tai varallisuuden osasta maksettavia veroja niihin luettuina myös irtaimen tai kiinteän omaisuuden luovuttamisesta saadusta voitosta määrättävät verot.

(3) Verot, joihin tätä sopimusta sovelletaan, ovat tällä hetkellä:

- a) in Finnland:  
die Einkommen- und Vermögensteuer,  
die Gemeindesteuer,  
die Seemannsteuer und  
die Kirchensteuer;  
(im folgenden „finnische Steuer“ genannt),
- b) in Österreich:  
die Einkommensteuer,  
die Körperschaftsteuer,  
der Beitrag vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleiches,  
die Aufsichtsratsabgabe,  
die Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer,  
die Vermögensteuer,  
die Grundsteuer,  
die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben,  
die Abgabe vom Bodenwert bei unbauten Grundstücken und  
die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftsteuer entzogen sind;  
(im folgenden „österreichische Steuer“ genannt).

(4) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mitteilen.

### Artikel 3

- (1) In diesem Abkommen, soweit der Zusammenhang nichts anderes erfordert:
- a) bedeuten die Begriffe „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ die Republik Finnland oder die Republik Österreich, wie es der Zusammenhang erfordert;
- b) umfaßt der Begriff „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften, Personenvereinigungen ohne Rechtspersönlichkeit sowie ruhende Erbschaften nach finnischem Recht;
- c) bedeutet der Begriff „Gesellschaft“ juristische Personen und solche Rechtsträger, die steuerlich wie juristische Personen behandelt werden;
- d) bedeuten die Begriffe „Unternehmen eines Vertragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaates“ ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässig-

- a) Suomessa:  
tulo- ja omaisuusvero,  
kunnallisvero,  
merimiesvero, ja  
kirkollisvero;  
(joista tämän jälkeen käytetään sanontaa „Suomen vero“),
- b) Itävallassa:  
tulovero,  
yhtiövero,  
maksu asuntotuotannon ja perheenhuoltajan tukemiseksi, hallintoelimen jäsenen palkkiosta maksettava vero,  
elinkeinovero,  
maksettujen palkkojen perusteella suoritettava vero mukaan luettuna,  
omaisuusvero,  
kiinteistövero,  
maa- ja metsätalousyryityksistä suoritettava maksu,  
maksu rakentamattoman maan maapohjaravosta, ja  
maksu omaisuudesta, josta ei suoriteta perintöveroa;  
(joista tämän jälkeen käytetään sanontaa „Itävallan vero“).

(4) Tätä sopimusta sovelletaan myös kaikkiin muihin samanlaisiin tai samanluonteisiin nykyisten lisäksi tai tilalle säädettäviin veroihin. Sopimusvaltioiden asianomaisten viranomaisten on ilmoitettava toisilleen verolainsäädännössään tapahtuneista muutoksista kunkin vuoden lopussa.

### 3 artikla

- (1) Tässä sopimuksessa, jollei asiayhteydestä muuta johdu:
- a) sanonnat „sopimusvaltio“ ja „toinen sopimusvaltio“ tarkoittavat Suomen Tasavaltaa tai Itävallan Tasavaltaa sen mukaan kuin asiayhteys edellyttää;
- b) sanonta „henkilö“ tarkoittaa luonnollisia henkilöitä, yhteisöjä, oikeushenkilöllisyyttä vailla olevia henkilöyhteenliittymiä sekä jakamattomia kuolinpesiä Suomen lain mukaan;
- c) sanonta „yhteisö“ tarkoittaa kaikkia oikeushenkilöitä ja sellaisia oikeudenhaltijoita, joita verotuksellisesti käsitellään oikeushenkilöinä;
- d) sanonnat „sopimusvaltiossa oleva yritys“ ja „toisessa sopimusvaltiossa oleva yritys“ tarkoittavat asiayhteyden mukaan henkilön, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, tai

gen Person betrieben wird, und ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, wie es der Zusammenhang erfordert;

e) bedeutet der Begriff „zuständige Behörde“:

1. in Finnland: das Finanzministerium,
2. in Österreich: das Bundesministerium für Finanzen.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat soll, sofern sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, jeder nicht anders umschriebene Begriff die Bedeutung haben, die ihm nach den Gesetzen dieses Staates über die Steuern, die den Gegenstand dieses Abkommens bilden, zukommt.

#### Artikel 4

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Begriff „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach den Gesetzen dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthaltes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).
- b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- c) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.

(3) Ist nach Absatz 1 eine juristische Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Dasselbe gilt auch für Personengesellschaften und andere Personenvereinigungen, die nach den für sie maßgebenden innerstaatlichen Gesetzen keine juristischen Personen sind.

henkilön, jolla on kotipaikka toisessa sopimusvaltiossa, harjoittamaa yritystä;

e) sanonta „asianomaiset viranomaiset“ tarkoittaa:

1. Suomessa valtiovarainministeriötä,
2. Itävallassa liittovaltion valtiovarainministeriötä (das Bundesministerium für Finanzen).

(2) Tämän sopimuksen määräyksiä sopimusvaltiossa sovellettaessa on jokaisella sanonnalla, jota tässä sopimuksessa ei ole toisin määritelty ja jonka suhteen asiayhteydestä ei muuta johdu, se merkitys, mikä sillä on sitä soveltavan valtion tässä sopimuksessa tarkoitettuja veroja koskevan lainsäädännön mukaan.

#### 4 artikla

(1) Tässä sopimuksessa tarkoitetaan sanonnalla „henkilö, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa“, henkilöä, joka kysymyksessä olevan valtion verolainsäädännön mukaan on siellä verovelvollinen asumisensa, pysyväsien oleskelunsa, liikkeen johtopaikkansa tai muun sellaisen perusteella.

(2) Milloin luonnollisella henkilöllä on 1 kohdan määräysten mukaan kotipaikka kummassakin sopimusvaltiossa, menetellään seuraavasti:

- a) Hänen kotipaikkansa katsotaan olevan siinä sopimusvaltiossa, missä hänellä on käytettävään pysyvä asunto. Jos hänellä on pysyvä asunto molemmissa sopimusvaltioissa, katsotaan hänen kotipaikkansa olevan siinä sopimusvaltiossa, johon hänellä on kiinteämmät henkilökohtaiset ja taloudelliset siteet (elinintressien keskuspaikka).
- b) Milloin ei voida todeta, kumpaan sopimusvaltioon hänellä on kiinteämmät henkilökohtaiset ja taloudelliset siteet taikka milloin hänellä ei ole pysyvää asuntoa kummassakaan sopimusvaltiossa, katsotaan hänen kotipaikkansa olevan siinä valtiossa, missä hän tavanomaisesti oleskelee.

c) Milloin hänen oleskelee tavanomaisesti molemmissa sopimusvaltioissa tai ei tavanomaisesti oleskele kummassakaan niistä, katsotaan hänen kotipaikkansa olevan siinä valtiossa, jonka kansalainen hän on.

(3) Milloin oikeushenkilön kotipaikka 1 kohdan määräysten perusteella on molemmissa sopimusvaltioissa, on sen kotipaikan katsottava olevan siinä valtiossa, mistä sitä tosiasiallisesti johdetaan. Samaa sääntöä on sovellettava myös niihin yhtiöihin (Personengesellschaften) ja muihin yhteenlittyisiin (Personenvereinigungen), joita asianomaisen sopimusvaltion lainsäädännön mukaan ei pidetä oikeushenkilönä.

## Artikel 5

(1) Der Begriff „Betriebsstätte“ bedeutet eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Als Betriebsstätten gelten insbesondere:

- a) ein Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt,
- f) ein Bergwerk, ein Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebsstätten gelten nicht:

- a) die Benutzung von Einrichtungen ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren;
- b) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung;
- c) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Bearbeitung oder Verarbeitung durch ein anderes Unternehmen;
- d) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zum Einkauf von Gütern oder Waren oder zur Beschaffung von Informationen für das Unternehmen;
- e) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zur Werbung, zur Erteilung von Auskünften, zur wissenschaftlichen Forschung oder zur Ausübung ähnlicher Tätigkeiten, die für das Unternehmen vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Die Tatsache, daß eine Person in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig ist — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — begründet eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte, wenn diese Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens in diesem Staat Verträge abzuschließen, und diese Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort Geschäftsbeziehungen durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter unterhält, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

## 5 artikla

(1) Sanonta „kiinteä toimipaikka“ tarkoittaa tiettyä liikepaikkaa, jossa yrityksen liiketoimintaa yksinomaisesti tai osaksi harjoitetaan.

(2) Kiinteäksi toimipaikaksi katsotaan erityisesti:

- a) liikkeen johtopaikka,
- b) sivuliike,
- c) toimisto,
- d) tuotantolaitos,
- e) työpaja,
- f) kaivos, louhos tai muu luonnonvarojen irrottamispaikka,

g) vähintään vuoden ajan kestävä rakennus- tai asennustyön suorituspaikka.

(3) Kiinteänä toimipaikkana ei pidetä:

- a) tilojen käyttämistä pelkästään yritykselle kuuluvien tavaroiden varastointiin, näytteillä pitämiseen tai lähettämiseen;
- b) yritykselle kuuluvien tavaroiden pitämistä ainoastaan varastoituna, näytteillä tai lähettämistä varten,
- c) yritykselle kuuluvien, mutta pelkästään toisen yrityksen muokattavaksi tai jalostettavaksi tarkoitettujen tavaroiden varastointia;
- d) tietyn liikepaikan pitämistä pelkästään tavaroiden ostamista tai tietojen hankkimista varten yritykselle;
- e) tietyn liikepaikan pitämistä pelkästään yrityksen lukuun tapahtuvaa mainontaa, tiedotustoimintaa, tieteellistä tutkimusta tai muuta sellaista yritykselle luonteeltaan valmistelevaa tai avustavaa toimintaa varten.

(4) Henkilön, joka olematta 5 kohdassa tarkoitettu itsenäinen edustaja toimii sopimusvaltiossa toisessa sopimusvaltiossa olevan yrityksen puolesta, katsotaan muodostavan kiinteän toimipaikan ensiksi mainitussa valtiossa, mikäli hänellä on valtuus tehdä sopimuksia yrityksen nimissä ja hän sitä siellä tavanomaisesti käyttää, paitsi milloin hänen toimintansa rajoittuu tavaroiden ostamiseen yritykselle.

(5) Sopimusvaltiossa olevalla yrityksellä ei katsota olevan kiinteää toimipaikkaa toisessa sopimusvaltiossa pelkästään sen vuoksi, että se ylläpitää liikesuhteita siinä valtiossa välittäjän, yleisen kaupinta-agentin tai muun itsenäisen edustajan välityksellä, milloin tällainen edustaja hoitaa sanottuja tehtäviä säännölliseen liiketoimintaansa kuuluvina.

(6) Die Tatsache, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) Geschäftsbeziehungen unterhält, macht für sich allein die eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen Gesellschaft.

#### Artikel 6

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen eine gewerbliche Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne von als Personengesellschaften oder stillen Gesellschaften geführten Unternehmen, die den Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung in einem der beiden Vertragsstaaten haben. Der Anteil am Gewinn einer solchen Gesellschaft, der auf einen im anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschafter entfällt und nicht einer in einem der beiden Vertragsstaaten gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen ist, wird in dem Vertragsstaat besteuert, in dem dieser Gesellschafter ansässig ist.

(3) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaates im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit aus, so sind dieser Betriebsstätte in jedem der beiden Staaten die Gewinne zuzurechnen, die sie als selbständiges Unternehmen mit gleicher oder ähnlicher Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen und unabhängig von dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, hätte erzielen können.

(4) Bei der Ermittlung der aus der Tätigkeit einer Betriebsstätte erzielten Einkünfte ist grundsätzlich vom Bilanzergebnis der Betriebsstätte auszugehen. Dabei sollen alle der Betriebsstätte zurechenbaren Ausgaben einschließlich eines Anteils an den allgemeinen Verwaltungskosten des Unternehmens berücksichtigt, jedoch künstliche Gewinnverlagerungen ausgeschlossen werden; insbesondere ist die Vereinbarung von Zinsen oder Lizenzgebühren zwischen den Betriebsstätten desselben Unternehmens unbeachtlich.

(5) In besonders gelagerten Fällen kann bei der Ermittlung der Einkünfte der Gesamtgewinn des Unternehmens aufgeteilt werden. Bei Versicherungsunternehmen kann in solchen Fällen als Maßstab das Verhältnis der Rohprämieinnahmen der Betriebsstätte zu den gesamten

(6) Pelkästään se seikka, että yhtiöllä, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, on määräämisvalta yhtiössä tai siinä on määräämisvalta yhtiöllä, jolla on kotipaikka toisessa sopimusvaltiossa taikka joka siellä (joko kiinteästä toimipaikasta tai muuten) suorittaa liiketoimia, ei tee jompakumpaa näistä yhtiöistä toisen yhtiön kiinteäksi toimipaikaksi.

#### 6 artikla

(1) Sopimusvaltiossa olevan yrityksen tuottamasta tulosta verotetaan vain siinä valtiossa, jollei yritys harjoita toisessa sopimusvaltiossa liiketoimintaa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta. Mikäli yritys harjoittaa liiketoimintaa edelläsanotuin tavoin, voidaan tuossa toisessa valtiossa verottaa yrityksen tuottamasta tulosta, mutta vain kiinteään toimipaikkaan kuuluvasta tulon osasta.

(2) Kohdan 1 säännöksiä sovelletaan myös sellaisten yhtiöinä (Personengesellschaften) tai äänettöminä yhtiöinä (stille Gesellschaften) toimivien yritysten tuloon, joiden tosiasiallinen liikkeenjohtopaikka on jommassakummassa sopimusvaltiossa. Sitä osaa tällaisen yhtiön tuottamasta tulosta, mikä lankeaa yhtiömiehelle, jonka kotipaikka on toisessa sopimusvaltiossa, eikä kuulu kummassakaan sopimusvaltiossa olevaan kiinteään toimipaikkaan, verotetaan siinä sopimusvaltiossa, jossa tällä yhtiömiehellä on kotipaikkansa.

(3) Milloin sopimusvaltiossa oleva yritys harjoittaa liiketoimintaa toisessa sopimusvaltiossa siellä olevasta kiinteästä toimipaikasta, on kummassakin valtiossa kiinteään toimipaikkaan kuuluvaksi katsottava se tulo, minkä toimipaikka olisi voinut tuottaa, jos se olisi ollut itsenäinen yritys, joka toimii samalla tai samanlaisella alalla samojen tai samanlaisten edellytysten vallitessa ja riippumattomana siitä yrityksestä, jonka kiinteä toimipaikka se on.

(4) Kiinteän toimipaikan tuottamaa tuloa laskettaessa on lähtökohdaksi periaatteessa otettava toimipaikan taseiden osoittama tulos. Tuolloin on tulon vähennykseksi hyväksyttävä kaikki toimipaikkaan liittyvät kustannukset, niiksi luetuina myös osuus yrityksen yleisistä hallintokuluista, mutta ei keinotekoisia voiton varauksia. Erityisesti on saman yrityksen kiinteiden toimipaikkojen väliset korkoa tai rojaltia koskevat sopimukset jätettävä huomioon ottamatta.

(5) Erityisissä tapauksissa voi tulon määrääminen tapahtua jakamalla yrityksen kokonaistulo. Vakuutusyritysten osalta voidaan tällöin käyttää jakoperusteena kiinteän toimipaikan bruttovakuutusmaksutulojen suhdetta yrityksen bruttovakuutusmaksutuloihin. Kummankin valtion

Rohprämieneinnahmen des Unternehmens zugrunde gelegt werden. Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten sollen sich zu einem möglichst frühen Zeitpunkt verständigen, wenn dies für die Aufteilung der Einkünfte im einzelnen Fall erforderlich ist.

#### Artikel 7

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsführung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsführung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind, und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die zwischen unabhängigen Unternehmen vereinbart würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen hätte erzielen können, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

#### Artikel 8

Einkünfte aus dem Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr werden nur in dem Vertragsstaat besteuert, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsführung des Unternehmens befindet.

#### Artikel 9

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, werden in diesem anderen Staat besteuert.

(2) Soweit in einem Vertragsstaat die Steuer von inländischen Dividenden im Abzugsweg an der Quelle erhoben wird, wird das Recht zur Vornahme dieses Steuerabzuges durch Absatz 1 nicht berührt. Wenn die Steuer im Abzugsweg erhoben wird, ist sie auf Antrag rückerstatten. Der Antrag auf Rückerstattung muß innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die der Steuer unterliegende Leistung fällig geworden ist, bei der zuständigen Behörde des Staates eingebracht werden, in dem der Dividendenempfänger ansässig ist.

(3) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten werden sich über das Verfahren zur Durchführung der Entlastung von den im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuern

asianomaisten viranomaisten tulee, milloin tulon jakaminen yksittäistapauksessa niin vaatii, mahdollisimman aikaisessa vaiheessa sopia asiasta keskenään.

#### 7 artikla

Milloin

- a) sopimusvaltiossa oleva yritys välittömästi tai välillisesti osallistuu toisessa sopimusvaltiossa olevan yrityksen johtoon tai valvontaan tai omistaa osan sen pääomasta taikka
  - b) samat henkilöt välittömästi tai välillisesti osallistuvat sopimusvaltioissa olevien yritysten johtoon tai valvontaan taikka omistavat osan kysymyksessä olevien yritysten pääomasta,
- ja jos näissä tapauksissa molempien yritysten välillä on niiden kaupallisissa tai taloudellisissa suhteissa sovittu ehdoista tai sovellettu ehtoja, jotka poikkeavat siitä, mitä riippumattomien yritysten välillä olisi sovittu, saadaan tulo, joka olisi voinut kertyä toiselle yritykselle, mutta joka sovellettujen ehtojen vuoksi on jäänyt sille kertymättä, lukea tuon yrityksen tuloon ja verotus toimittaa tämän mukaisesti.

#### 8 artikla

Kansainvälisen laiva- tai ilmailukenteen harjoittamisesta saadusta tulosta verotetaan vain siinä sopimusvaltiossa, jossa yrityksen tosiasiallinen liikkeen johto on.

#### 9 artikla

(1) Sopimusvaltiossa kotipaikan omaavan yhtiön maksamista osingoista henkilölle, jolla on kotipaikka toisessa sopimusvaltiossa, verotetaan tässä toisessa valtiossa.

(2) Mikäli toisessa sopimusvaltiossa vero kotimaisista osingoista kannetaan pidättämällä se lähteellä, eivät 1 kohdan määräykset rajoita oikeutta veronpidätyksen toimittamiseen. Jos veronpidätys on toimitettu, on pidätetty vero hakemuksesta palautettava. Palauttamishakemus on tehtävä kolmen vuoden kuluessa sen kalenterivuoden päättymisestä, jonka aikana verotuksen kohteena oleva suoritus erääntyi maksettavaksi, sen valtion asianomaiselle viranomaiselle, missä osingonsaajalla on kotipaikkansa.

(3) Kummankin valtion asianomaiset viranomaiset sopivat keskenään menettelystä osingoista lähteellä pidättämällä kannetun veron huojennusta toteutettaessa, erityisesti vaadittavien

von Dividenden, insbesondere über die Form der erforderlichen Bescheinigungen und Anträge, über die Art der beizubringenden Beweise sowie über die gegen die mißbräuchliche Geltendmachung von Entlastungsansprüchen zu treffenden Maßnahmen verständigen. Hierbei soll keiner der beiden Staaten verpflichtet werden, Maßnahmen zu treffen, die seiner Gesetzgebung nicht entsprechen.

(4) Bezüglich der Ansprüche, die nach Absatz 2 den Angehörigen diplomatischer oder konsularischer Vertretungen sowie den internationalen Organisationen, ihren Organen und Beamten zustehen, sind die folgenden Regeln anzuwenden:

- a) Angehörige einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung des einen Vertragsstaates, die im anderen Staat oder in einem dritten Staat residieren und die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen, gelten als in diesem letzteren Staat ansässig, sofern sie dort zur Entrichtung direkter Steuern von Dividenden, die im anderen Staat einer im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuer unterliegen, verpflichtet sind;
- b) internationale Organisationen und ihre Organe sowie die Beamten solcher Organisationen und das Personal diplomatischer oder konsularischer Vertretungen eines dritten Staates, die sich in einem der beiden Vertragsstaaten aufhalten oder dort residieren und in diesem Staat von der Entrichtung direkter Steuern von Dividenden befreit sind, haben keinen Anspruch auf Entlastung von den im anderen Staat im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuern.

(5) Steht dem Einkommensempfänger bereits nach der Gesetzgebung des steuererhebenden Vertragsstaates ein Anspruch auf völlige Entlastung von den Quellensteuern zu, so kann die Entlastung nicht gemäß Absatz 2 dieses Artikels, sondern nur nach der inneren Gesetzgebung des genannten Staates erfolgen.

(6) Der in diesem Artikel verwendete Begriff „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußaktien oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Vertragsstaates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind.

(7) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden,

selvitysten ja hakemusten muodosta, esitettävien todistusten laadusta samoin kuin toimenpiteistä, joihin ryhdytään väärinkäytön estämiseksi huojennusta haettaessa. Tällöin ei kumpikaan valtio ole velvollinen ryhtymään toimenpiteisiin, jotka eivät ole sen lainsäädännön mukaisia.

(4) Diplomaatti- tai konsuliedustukseen kuuluvien henkilöiden samoin kuin kansainvälisten järjestöjen, niiden elinten ja toimihenkilöiden 2 kohdan nojalla tekemiin vaatimuksiin sovelletaan seuraavia määräyksiä:

- a) sopimusvaltion diplomaatti- tai konsuliedustukseen kuuluvilla lähettiläisvaltion kansalaisilla, joiden asemamaa on toisessa sopimusvaltiossa tai kolmannessa valtiossa, katsotaan olevan kotipaikka lähettiläisvaltiossa, mikäli he tässä valtiossa ovat velvolliset suorittamaan välitöntä veroa osingoista, jotka toisessa valtiossa ovat lähteellä pidättämällä kannettavan veron alaisia;
- b) kansainväliset järjestöt, niiden elimet sekä tällaisten järjestöjen toimihenkilöt samoin kuin kolmannen valtion diplomaatti- ja konsuliedustukseen kuuluvat henkilöt, jotka oleskelevat tai asuvat jommassakummassa sopimusvaltiossa ja ovat tässä valtiossa vapautetut osingoista menevien välittömien verojen suorittamisesta, eivät voi vaatia huojennusta toisessa valtiossa lähteellä pidättämällä kannetuista veroista.

(5) Milloin tulonsaajalla veroa kantavan valtion lainsäädännön nojalla jo on oikeus täyteen huojennukseen lähdeverosta, ei huojennusta voida saada tämän artiklan 2 kohdan nojalla, vaan ainoastaan sanotun valtion sisäisen lainsäädännön perusteella.

(6) Osingolla tarkoitetaan tässä artiklassa tuloa, joka on saatu osakkeista, voitto-osuustodistuksista (Genußaktien, Genußscheinen), kaivososakkeista (Kuxen), perustajaosuuksista tai muista voittoon osallistuvista oikeuksista — saamisoi-keuksia lukuun ottamatta — samoin kuin muista yhtiöosuuksista saatua tuloa, joka sen sopimusvaltion verolainsäädännön mukaan, missä maksun suorittavalla yhtiöllä on kotipaikka, katsotaan osakkeista saaduksi tuloksi.

(7) Milloin osingonsaajalla, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, on toisessa sopimusvaltiossa, missä osingon maksavalla yhtiöllä on kotipaikka, kiinteä toimipaikka, jolle maksetun osingon perustana olevat oikeudet tosiasiallisesti kuuluvat, ei 1 kohdan määräyksiä sovelleta. Tässä tapauk-



tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 6 über die Zurechnung von Gewinnen an Betriebstätten anzuwenden.

(8) Bezieht eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in diesem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

#### Artikel 10

(1) Zinsen, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, werden in diesem anderen Staat besteuert.

(2) Die Bestimmungen des Artikels 9 Absätze 2 bis 5 sind sinngemäß anzuwenden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Begriff „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art, sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 6 über die Zurechnung von Gewinnen an Betriebstätten anzuwenden.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragstaaten und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel 11

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, werden nur in diesem anderen Staat besteuert.

(2) Lizenzgebühren im Sinne des Absatzes 1, die von einer in einem der beiden Vertragstaaten

sesssa sovelletaan 6 artiklaan sisältyviä, kiinteään toimipaikkaan kuuluvaa tuloa koskevia määräyksiä.

(8) Milloin yhtiö, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, saa voittoa tai tuloa toisesta sopimusvaltiosta, ei tämä toinen valtio saa määrätä veroa yhtiön maksamista osingoista henkilöille, joilla ei ole kotipaikkaa tuossa valtiossa, eikä myöskään määrätä veroa yhtiölle jakamattomasta voitosta, vaikka maksetut osingot tai jakamattomat voittovarat kokonaan tai osaksi koostuisivatkin tässä toisessa valtiossa kertyneestä voitosta tai tulosta.

#### 10 artikla

(1) Sopimusvaltiosta kertyneistä, henkilölle, jolla on kotipaikka toisessa sopimusvaltiossa maksetuista koroista verotetaan tässä toisessa valtiossa.

(2) Tämän sopimuksen 9 artiklan 2—5 kohtien määräyksiä noudatetaan soveltuvin osin.

(3) Korolla tarkoitetaan tässä artiklassa tuloa, joka on saatu valtion velkasitoumuksista taikka obligaatioista myös silloin kun niiden vakuutena on kiinnitys tai niihin liittyy oikeus voittoon osallistumiseen, tai mistä tahansa muusta saatavasta samoin kuin muunkinlaista tuloa, joka sen valtion verolainsäädännön mukaan, josta tulo kertyy, rinnastetaan velaksiannosta saatuu tuloon.

(4) Milloin koronsaajalla, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, on toisessa sopimusvaltiossa, mistä korko kertyy, kiinteä toimipaikka, jolle maksetun koron perustana oleva saatava tosiasiallisesti kuuluu, ei 1 kohdan määräyksiä sovelleta. Tässä tapauksessa sovelletaan 6 artiklaan sisältyviä, kiinteään toimipaikkaan kuuluvaa tuloa koskevia määräyksiä.

(5) Milloin suoritettu korko velallisen ja velkojan tai heidän molempien ja kolmannen henkilön välillä olevan erityisen suhteen vuoksi ylittää koron perusteena olevaan velkaan katsoen määrän, mistä velallinen ja velkoja ilman tällaista suhdetta olisivat sopineet, sovelletaan tämän artiklan määräyksiä vain viimeksi tarkoitetun määrän osalta. Tässä tapauksessa voidaan ylimenevästä osasta verottaa sopimusvaltion lakien mukaan ottaen huomioon tämän sopimuksen muut määräykset.

#### 11 artikla

(1) Sopimusvaltiosta kertyneistä, henkilölle, jolla on kotipaikka toisessa sopimusvaltiossa, maksetuista rojalteista verotetaan vain tässä toisessa valtiossa.

(2) Milloin sellainen yhtiö, jonka osakkaat eivät henkilökohtaisesti vastaa yhtiön sitoumuk-

ansässigen Kapitalgesellschaft an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden, die zu mehr als 50 vom Hundert am Grund- oder Stammkapital der auszahlenden Kapitalgesellschaft beteiligt ist, können abweichend von den Bestimmungen des Absatzes 1 in dem erstgenannten Staat besteuert werden; die Steuer darf jedoch 10 vom Hundert des Rohbetrages der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Auf Antrag des Empfängers der Lizenzgebühren ist diese Steuer vom anderen Staat auf seine Steuer anzurechnen, die auf diese Einkünfte entfällt.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Begriff „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Markenrechten, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Einkünfte aus der Veräußerung eines im Absatz 3 angeführten Rechtes oder Vermögenswertes werden nur in dem Vertragstaat besteuert, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Die Absätze 1, 2 und 4 sind nicht anzuwenden, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren oder Einkünfte in dem Vertragstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 6 über die Zurechnung von Gewinnen an Betriebsstätten anzuwenden.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel 12

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen werden in dem Vertragstaat besteuert, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Begriff „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertrag-

staats (Kapitalgesellschaft) ja jonka kotipaikka on sopimusvaltiossa, maksaa 1 kohdassa tarkoitettua rojaltia toisessa valtiossa kotipaikan omaavalle henkilölle, joka omistaa maksavan yhtiön perus- tai kantapääomasta yli 50 prosenttia, voidaan rojaltia 1 kohdan määräyksestä poiketen verottaa ensiksi mainitussa valtiossa. Vero ei kuitenkaan saa ylittää 10 prosenttia rojaltilin kokonaismäärästä. Rojaltilin saajan hakemuksesta on tämä vero vähennettävä hänelle sanotusta tulosta toisessa sopimusvaltiossa määrättävästä verosta.

(3) Rojaltililla tarkoitetaan tässä artiklassa kaikenlaisia hyvityksiä, jotka maksetaan kirjallisten, taiteellisten tai tieteellisten teosten, elokuvafilmit niihin luettuina, tekijänoikeuden samoin kuin patenttien, tavaramerkkien, mallien tai nuottien, kaavojen, salaisten valmistusohjeiden tai menettelytapojen käyttämisestä tai käyttöoikeudesta tahi teollisen, kaupallisen tai tieteellisen välineistön käytöstä tai käyttöoikeudesta taikka teollisia, kaupallisia tai tieteellisiä kokeuksia koskevista tiedoista.

(4) Edellä 3 kohdassa mainitun oikeuden tai omaisuuden myynnistä saadusta tulosta verotetaan vain siinä sopimusvaltiossa, jossa myyjällä on kotipaikka.

(5) Milloin rojaltilin tai tulon saajalla on sopimusvaltiossa, josta rojaltili kertyy, kiinteä toimipaikka, jolle rojaltilin perusteena oleva oikeus tai omaisuus tosiasiallisesti kuuluu, ei 1, 2 ja 4 kohdan määräyksiä sovelleta. Tässä tapauksessa sovelletaan 6 artiklaan sisältyviä, kiinteään toimipaikkaan kuuluvaa tuloa koskevia määräyksiä.

(6) Milloin maksettu rojaltili sen maksajan ja saajan tai heidän molempien ja kolmannen henkilön välillä olevan erityisen suhteen vuoksi ylittää rojaltilin perusteena olevaan suoritukseen katsoen määrän, mistä maksaja ja saaja ilman tällaista suhdetta olisivat sopineet, sovelletaan tämän artiklan määräyksiä vain viimeksi tarkoitettun määrän osalta. Tässä tapauksessa voidaan ylimenevästä osasta verottaa sopimusvaltion lakien mukaan ottaen huomioon tämän sopimuksen muut määräykset.

#### 12 artikla

(1) Kiinteästä omaisuudesta saadusta tulosta verotetaan siinä sopimusvaltiossa, missä omaisuus on.

(2) Sanonta „kiinteä omaisuus“ määräytyy sen sopimusvaltion lainsäädännön mukaan, missä

staates, in dem das Vermögen liegt. Der Begriff umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Unternehmen, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechtes über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens, einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen anderer als land- und forstwirtschaftlicher Unternehmen und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

### Artikel 13

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 12 Absatz 2 werden in dem Vertragstaat besteuert, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das den Bestandteil des Anlagevermögens einer Betriebsstätte bildet, die ein Unternehmen eines Vertragstaates im anderen Vertragstaat unterhält, oder beweglichen Vermögens, das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragstaat ansässigen Person im anderen Vertragstaat zur Ausübung eines freien Berufes zur Verfügung steht, einschließlich der Gewinne aus der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (gesondert oder zusammen mit dem ganzen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung, werden in diesem anderen Staat besteuert. Jedoch werden Gewinne aus der Veräußerung von im Artikel 22 Ziffer 3 angeführtem beweglichem Vermögen nur in dem Vertragstaat besteuert, in dem dieses bewegliche Vermögen in Übereinstimmung mit dem genannten Artikel besteuert wird.

(3) Gewinne aus der Veräußerung irgendeines anderen als des in den Absätzen 1 und 2 angeführten Vermögens werden nur in dem Staat besteuert, in dem der Veräußerer ansässig ist.

### Artikel 14

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, werden nur in diesem Staat besteuert, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragstaat

kysymyksessä oleva omaisuus on. Tämä sanonta käsittää kuitenkin aina kiinteän omaisuuden tarpeiston, maa- ja metsätalousyrityksen elävän ja elottoman irtaimiston, oikeudet, joihin sovelletaan yksityisoikeuden kiinteätä omaisuutta koskevia säännöksiä, kiinteistön nautinto-oikeuden samoin kuin oikeuden kivennäislöydösten, lähteiden ja muiden luonnonvarojen hyväksikäytöstä saataviin määrältään muuttuviin tai kiinteisiin korvauksiin.

(3) Tämän artiklan 1 ja 2 kohdan määräyksiä sovelletaan sekä kiinteistön välittömästä käytöstä että sen vuokralle antamisesta samoin kuin mistä muusta käytöstä tahansa saatuun tuloon, sellaiseksi luettuna myös maa- ja metsätalousyrityksen tuottama tulo.

(4) Tämän artiklan 1—3 kohdan määräyksiä sovelletaan myös muun kuin maa- tai metsätalousyrityksen kiinteästä omaisuudesta saamaan tuloon samoin kuin vapaan ammatin harjoittamisessa käytetystä kiinteästä omaisuudesta saatuun tuloon.

### 13 artikla

(1) Voitosta, joka saadaan 12 artiklan 2 kohdassa tarkoitetun kiinteän omaisuuden myynnistä, verotetaan siinä sopimusvaltiossa, missä omaisuus on.

(2) Voitosta, joka on saatu sopimusvaltiossa olevan yrityksen toisessa sopimusvaltiossa pitämän kiinteän toimipaikan käyttöomaisuuteen kuuluvan irtaimen omaisuuden tai sopimusvaltiossa kotipaikan omaavan henkilön toisessa sopimusvaltiossa vapaan ammatin harjoittamista varten käytettävänä olevaan tiettyyn toimintapaikkaan kuuluvan irtaimen omaisuuden myynnistä, siihen luettuna tuollaisen kiinteän toimipaikan (joko erillisenä tai koko yrityksen ohella), tai tietyn toimintapaikan myynnistä saatu voitto, verotetaan tuossa toisessa valtiossa. Kuitenkin verotetaan 22 artiklan 3 alakohdassa tarkoitetun irtaimen omaisuuden myynnistä saadusta voitosta siinä sopimusvaltiossa, missä tästä irtaimesta omaisuudesta sanotun artiklan mukaan verotetaan.

(3) Minkä tahansa muun kuin 1 ja 2 kohdassa tarkoitetun omaisuuden myynnistä saadusta voitosta verotetaan vain siinä valtiossa, jossa myyjällä on kotipaikka.

### 14 artikla

(1) Henkilöä, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, verotetaan vain tuossa valtiossa hänen vapaan ammatin harjoittamisesta tai muusta samanluonteisesta itsenäisestä toiminnasta saamaan tulosta, jollei hänellä ole toimintaansa varten toisessa sopimusvaltiossa tiettyä toimin-

regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so wird der Teil der Einkünfte, der dieser Einrichtung zuzurechnen ist, in diesem anderen Staat besteuert.

(2) Der Begriff „freie Berufe“ schließt insbesondere die selbständige wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Wirtschaftstreuhänder ein.

#### Artikel 15

(1) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, werden nur in diesem Staat besteuert, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. In diesem Fall werden die für die Arbeit bezogenen Vergütungen in diesem anderen Staat besteuert.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 werden Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert, wenn

- a) der Empfänger der Vergütungen sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält,
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels werden Vergütungen für Dienstleistungen, die an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr erbracht werden, in dem Vertragsstaat besteuert, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die an eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, werden in diesem Staat besteuert.

#### Artikel 16

(1) Gehälter, Löhne und andere ähnliche Vergütungen sowie Ruhegehälter einschließlich der Witwen- und Waisenpensionen, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften, in Finnland auch der Kirchengemeinden, oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechtes unmittelbar oder aus

tapaiikkaa, joka on säännöllisesti hänen käytettävänä. Jos hänellä on sellainen tietty toimintapaikka, verotetaan siihen kuuluvasta osasta toiminnan tuottamaa tuloa tässä toisessa valtiossa.

(2) Sanonta „vapaa ammatti“ käsittää erityisesti itsenäisen tieteellisen, kirjallisen, taiteellisen, kasvatuksellisen tai opetuksellisen toiminnan sekä itsenäisen toiminnan lääkärinä, hammaslääkärinä, asianajajana, insinöörinä, arkkitehtinä ja tilintarkastajana.

#### 15 artikla

(1) Henkilölle, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, epäitsenäisestä työstä maksetuista palkoista, palkkioista ja muista samanluonteisista hyvityksistä verotetaan vain tuossa valtiossa, jollei työtä tehdä toisessa sopimusvaltiossa. Tässä tapauksessa verotetaan työstä saaduista hyvityksistä tuossa toisessa valtiossa.

(2) Kohdan 1 määräyksistä huolimatta verotetaan henkilölle, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, toisessa sopimusvaltiossa tehdystä epäitsenäisestä työstä maksetuista hyvityksistä ainoastaan ensiksi mainitussa valtiossa, jos,

- a) hyvityksen saaja oleskelee tässä toisessa valtiossa asianomaisen verovuoden aikana yhteensä enintään 183 päivää,
- b) työnantajalla, joka suorittaa hyvityksen tai jonka puolesta se suoritetaan, ei ole kotipaikka tässä toisessa valtiossa, sekä
- c) hyvityksillä ei rasieta työnantajan toisessa valtiossa olevaa kiinteää toimipaikkaa tai tiettyä toimintapaikkaa.

(3) Edellä tässä artiklassa olevista määräyksistä huolimatta verotetaan kansainvälisessä liikenteessä olevalla aluksella tai ilma-aluksella suoritetusta palvelusta saadusta hyvityksestä siinä sopimusvaltiossa, jossa yrityksen tosiasiallinen liikkeen johto on.

(4) Henkilölle, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, maksetuista aikaisempaan epäitsenäiseen työhön perustuvista eläkkeistä ja muista samanluonteisista hyvityksistä verotetaan tässä valtiossa.

#### 16 artikla

(1) Palkasta, palkkiosta ja muista samanluonteisista hyvityksistä samoin kuin eläkkeistä, niihin luettuina lesken ja orvon eläkkeet, jotka sopimusvaltio tai sen alueellinen yhdyskunta, Suomessa myös seurakunta, taikka muu julkisoikeudellinen oikeushenkilö välittömästi tai sitä varten perustetuista rahastoista suorittaa luon-

einem von ihnen hiefür errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für gegenwärtige oder frühere Dienst- oder Arbeitsleistungen gezahlt werden, werden in diesem Staat besteuert. Das gleiche gilt auch für Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung.

(2) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer der im Absatz 1 genannten Körperschaften erbracht werden, finden die Artikel 15 oder 17 Anwendung.

#### Artikel 17

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer Gesellschaft bezieht, werden in dem Staat besteuert, in dem die Gesellschaft ansässig ist.

#### Artikel 18

Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, werden in dem Vertragsstaat besteuert, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

#### Artikel 19

Gehälter, Löhne und andere Vergütungen, die von einem Professor oder Lehrer, der in einem Vertragsstaat ansässig ist, für eine Lehrtätigkeit bezogen werden, die an einer Universität, Hochschule oder höheren Lehranstalt des anderen Vertragsstaates während eines vorübergehenden Aufenthaltes, der zwei Jahre nicht übersteigt, ausgeübt wird, werden in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert.

#### Artikel 20

(1) Zahlungen, die ein Student oder Lehrling aus einem Vertragsstaat, der sich in dem anderen Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in diesem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses anderen Staates zufließen.

(2) Entgelte, die die im Absatz 1 genannten, in einem der beiden Vertragsstaaten ansässigen Personen für eine einen Zeitraum von 183 Tagen im Kalenderjahr nicht übersteigende Beschäftigung zur Erlangung einer praktischen Ausbildung bei einem Unternehmen des anderen Staates erhalten, werden in diesem anderen Staat nicht besteuert.

nolliselle henkilölle vastaisten tai aikaisempien virkatehtävien tai työnsuoritusten perusteella, verotetaan tässä valtiossa. Sama koskee myös lakimääräisen sosiaalivakuutuksen perusteella tapahtuvia suorituksia.

(2) Hyvityksiin ja eläkkeisiin, jotka suoritetaan sopimusvaltion taikka jonkin 1 kohdassa mainitun julkisoikeudellisen oikeushenkilön harjoittaman kaupallisen tai teollisen toiminnan yhteydessä tehdyistä palveluksista, sovelletaan 15 tai 17 artiklan määräyksiä.

#### 17 artikla

Henkilölle, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, yhtiön johto- tai hallintoelimen jäsenyydestä maksetuista hyvityksistä ja muista sellaisista suorituksista verotetaan siinä valtiossa, missä yhtiöllä on kotipaikka.

#### 18 artikla

Ammattimaisten taiteilijoiden, kuten teatteri-, elokuva-, radio- tai televisiotaitelijoiden ja muusikkojen, samoin kuin urheilijoiden tässä ominaisuudessa henkilökohtaisesti harjoittamastaan toiminnasta saamista tuloista verotetaan siinä sopimusvaltiossa, jossa tätä toimintaa harjoitetaan.

#### 19 artikla

Palkkaa, palkkiota tai muuta hyvitystä, jonka professori tai opettaja, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, saa toisessa sopimusvaltiossa tilapäisen, enintään kaksi vuotta kestävänsä oleskelunsa aikana yliopistossa, korkeakoulussa tai oppikoulussa harjoittamastaan opetustoiminnasta, ei veroteta tässä toisessa sopimusvaltiossa.

#### 20 artikla

(1) Rahamääristä, jotka sopimusvaltiosta oleva opiskelija tai harjoittelija, joka oleskelee toisessa sopimusvaltiossa yksinomaan opiskelun tai koulutuksen vuoksi, saa elantoaan, opiskeluaan tai koulutustaan varten, ei veroteta tässä toisessa valtiossa, mikäli nämä rahamäärät tulevat hänelle sen ulkopuolella olevista lähteistä.

(2) Hyvityksistä, jotka 1 kohdassa tarkoitettu sopimusvaltiossa kotipaikan omaava henkilö saa enintään 183 päivää kalenterivuoden aikana kestävästä, käytännöllisen koulutuksen hankkimista tarkoittavasta toiminnastaan toisessa valtiossa olevassa yrityksessä, ei veroteta tässä toisessa valtiossa.

**Artikel 21**

Einkünfte einer in einem Vertragstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnt sind, werden nur in diesem Staat besteuert.

**Artikel 22**

Hinsichtlich der Steuern vom Vermögen gilt folgendes:

1. Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 12 wird in dem Vertragstaat besteuert, in dem dieses Vermögen liegt.

2. Vorbehaltlich der Ziffer 1 wird Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, in dem Vertragstaat besteuert, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

3. Schiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie Vermögenswerte, die nicht unbewegliches Vermögen darstellen und dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dienen, werden in dem Vertragstaat besteuert, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

4. Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragstaat ansässigen Person werden in diesem Staat besteuert.

**Artikel 23**

Einkünfte aus einer ruhenden Erbschaft oder das ihr zugehörige Vermögen werden nach den Bestimmungen dieses Abkommens beim Erwerber im anderen Staat insoweit besteuert, als nicht der unverteilte Nachlaß selbst in dem Vertragstaat, in dem der Erblasser seinen letzten Wohnsitz gehabt hat, der Besteuerung für dieses Einkommen oder Vermögen unterliegt.

**Artikel 24**

(1) Bezieht eine in einem Vertragstaat ansässige Person Einkünfte aus dem anderen Vertragstaat oder hat sie dort Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in dem letztgenannten Vertragstaat besteuert werden, so nimmt der erstgenannte Staat, vorbehaltlich des Absatzes 2, diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus; dieser Staat kann aber bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder das übrige Vermögen dieser Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die betreffenden Einkünfte oder das betreffende Vermögen nicht von der Besteuerung ausgenommen wären.

(2) Bezieht eine in einem Vertragstaat ansässige Person Einkünfte aus dem anderen Vertragstaat und können diese Einkünfte nach Artikel 11

**21 artikla**

Henkilön, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, saamista edellä olevissa artikloissa nimennomaisesti mainitsemattomista tuloista verotetaan vain tässä valtiossa.

**22 artikla**

Omaisusverojen suhteen sovelletaan seuraavia määräyksiä:

1. Edellä 12 artiklassa tarkoitettusta kiinteästä omaisuudesta verotetaan siinä sopimusvaltiossa, missä omaisuus on.

2. Milloin 1 alakohdan määräyksistä ei muuta johdu, verotetaan yrityksen kiinteään toimipaikkaan kuuluvasta liikeomaisuudesta tai ammattitoiminnan harjoittamiseen käytettyyn tiettyyn toimintapaikkaan kuuluvasta omaisuudesta siinä sopimusvaltiossa, missä kiinteä toimipaikka tai tietty toimintapaikka on.

3. Kansainvälisessä liikenteessä olevista aluksista ja ilma-aluksista sekä tällaisten alusten ja ilma-alusten käyttöön tarkoitettu muusta kuin kiinteästä omaisuudesta verotetaan siinä sopimusvaltiossa, missä yrityksen tosiasiallinen liikkeenjohtopaikka on.

4. Muusta omaisuudesta verotetaan siinä sopimusvaltiossa, missä sen omistajalla on kotipaikka.

**23 artikla**

Jakamattomasta kuolinpesästä saadusta tulosta tai siihen kuuluvasta omaisuudesta verotetaan tämän sopimuksen määräysten mukaan perinnön saajaa toisessa valtiossa vain sikäli kuin jakamattomasta kuolinpesästä ei veroteta tästä tulosta tai omaisuudesta siinä sopimusvaltiossa, jossa perinnönjättäjällä oli viimeinen kotipaikkansa.

**24 artikla**

(1) Milloin henkilöllä, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, on tuloa toisesta sopimusvaltiosta taikka omaisuutta siellä ja siitä tulosta tai omaisuudesta saadaan tämän sopimuksen mukaisesti verottaa viimeksi mainitussa sopimusvaltiossa, ei ensiksi mainittu valtio saa, ottaen kuitenkin huomioon 2 kohdan määräykset, verottaa tästä tulosta tai omaisuudesta; se voi kuitenkin veron suuruutta tämän henkilön muusta tulosta tai muusta omaisuudesta määrättäessä soveltaa sitä verokantaa, jota sovellettaisiin, jollei kysymyksessä oleva tulo tai omaisuus jäisi verottamatta.

(2) Milloin henkilö, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, saa tuloa toisesta sopimusvaltiosta ja siitä saadaan tämän sopimuksen 11 artiklan

Absatz 2 in diesem anderen Vertragstaat besteuert werden, so rechnet der erstgenannte Staat auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in dem anderen Vertragstaat gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die Einkünfte entfällt, die aus dem anderen Vertragstaat bezogen werden.

#### Artikel 25

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragstaates dürfen in dem anderen Vertragstaat keiner Besteuerung oder einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

- (2) Der Begriff „Staatsangehörige“ bedeutet:
- alle natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragstaates besitzen;
  - alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in einem Vertragstaat geltenden Recht errichtet worden sind.

#### Artikel 26

(1) Ist eine in einem Vertragstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragstaates oder beider Vertragstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragstaates unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in diesem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar

2 kohdan mukaisesti verottaa viimeksi mainitussa valtiossa, on ensiksi mainitussa valtiossa vähennettävä verovelvollisen tulosta menevästä verosta toisessa sopimusvaltiossa suoritetun veron määrä. Vähennettävä määrä ei kuitenkaan saa olla suurempi kuin sellainen osa ennen vähennyksen tekemistä menevästä verosta joka vastaa toisessa sopimusvaltiossa saatua tuloa.

#### 25 artikla

(1) Sopimusvaltion kansalaiset eivät toisessa sopimusvaltiossa saa joutua sellaisen verotuksen tai siihen liittyvän velvoituksen kohteeksi, joka on muunlainen tai raskaampi kuin verotus tai siihen liittyvä velvoitus, jonka kohteeksi toisen valtion omat kansalaiset samoissa olosuhteissa joutuvat tai saattavat joutua.

(2) Sanonta „kansalainen“ tarkoittaa:

- kaikkia luonnollisia henkilöitä, jotka ovat sopimusvaltion kansalaisia;
- kaikkia oikeushenkilöitä, yhtiöitä (Personengesellschaften) ja muita yhteenliittymiä (Personenvereinigungen), jotka on perustettu sopimusvaltion voimassa olevan lainsäädännön mukaan.

#### 26 artikla

(1) Milloin henkilö, jolla on kotipaikka sopimusvaltiossa, katsoo, että jommankumman tai molempien sopimusvaltioiden toimenpiteet ovat johtaneet tai johtavat hänen osaltaan tämän sopimuksen vastaiseen verotukseen, hän voi näiden valtioiden sisäisen lainsäädännön varaimista muutoksenhakukeinoista huolimatta käännyä asiassaan sen sopimusvaltion asianomaisen viranomaisen puoleen, jossa hänellä on kotipaikka.

(2) Jos tämä asianomainen viranomainen havaitsee huomautuksen perustelluksi, mutta ei itse voi saada aikaan tyydyttävää ratkaisua, sen on pyrittävä toisen sopimusvaltion asianomaisen viranomaisen kanssa hoitamaan asia siten, että tämän sopimuksen vastainen verotus vältetään.

(3) Sopimusvaltioiden asianomaisten viranomaisten on pyrittävä keskenään sopimaan kaikkien tämän sopimuksen tulkinnassa tai soveltamisessa esiintyvien vaikeuksien tai epä tietoisuutta aiheuttavien kysymysten poistamisesta. Sanotut viranomaiset voivat myös neuvotella kaksinkertaisen verotuksen estämisestä sellaisissa tapauksissa, joita tässä sopimuksessa ei ole käsitelty.

(4) Sopimusvaltioiden asianomaiset viranomaiset voivat sopimukseen pääsemiseksi välittömästi neuvotella keskenään edellisissä kohdissa

miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

#### Artikel 27

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich die Mitteilungen machen, die erforderlich sind, um dieses Abkommen durchzuführen, insbesondere um Steuerverkürzungen zu verhindern. Der Inhalt dieser Mitteilungen ist geheimzuhalten und nur solchen Personen zugänglich zu machen, die nach den gesetzlichen Vorschriften bei der Veranlagung und Erhebung der Steuern im Sinne dieses Abkommens mitwirken.

(2) In keinem Fall sollen die Bestimmungen des Absatzes 1 so ausgelegt werden, daß sie einem der Vertragsstaaten die Verpflichtung auferlegen:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die in Widerspruch zu den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaates stehen;
- b) Einzelheiten mitzuteilen, die nach den Gesetzen oder im normalen Verwaltungsablauf dieses oder des anderen Vertragsstaates nicht erhältlich sind;
- c) Nachrichten mitzuteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, gewerbliches oder Berufsgheimnis oder ein geheimes Verfahren offenbaren würden, oder Nachrichten, deren Bekanntgabe dem ordre public widersprechen würde.

#### Artikel 28

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Privilegien diplomatischer oder konsularischer Beamter nach den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes oder nach den Bestimmungen von besonderen Vereinbarungen.

#### Artikel 29

(1) Dieses Abkommen soll ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Helsinki ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und seine Bestimmungen sind erstmals anzuwenden:

- a) in Finnland:  
für die Steuern des Steuerjahres 1963 (Veranlagungsjahr 1964),
- b) in Österreich:  
für die Steuern, die für die Zeit nach dem 31. Dezember 1962 erhoben werden.

tarkoitettussa mielessä. Milloin suullinen ajatustenvaihto sopimukseen pääsemiseksi näyttää tarkoituksenmukaiselta, voidaan tuollainen ajatustenvaihto toimeenpanna sopimusvaltioiden asianomaisten viranomaisten edustajista koottussa toimikunnassa.

#### 27 artikla

(1) Sopimusvaltioiden asianomaisten viranomaisten on vaihdettava keskenään sellaisia tietoja, jotka ovat tarpeellisia tämän sopimuksen täytäntöönpanemiseksi ja erityisesti veronkiertämisen estämiseksi. Näitä tietoja on pidettävä salaisina eikä niitä saa ilmaista muille kuin henkilöille, joiden tehtävänä lain mukaan on tässä sopimuksessa tarkoitettujen verojen määrääminen tai kantaminen.

(2) Kuitenkaan ei 1 kohdan määräyksiä ole tulkittava siten, että ne velvoittavat sopimusvaltiota:

- a) suorittamaan hallintotoimia, jotka ovat ristiriidassa sen tai toisen sopimusvaltion lakien tai hallintokäytännön kanssa;
- b) ilmaisemaan yksityiskohtia, joita sen tai toisen sopimusvaltion lakien tai säännönmukaisen hallintomenettelyn puitteissa ei voida hankkia;
- c) ilmaisemaan tietoja, jotka paljastaisivat kauppa-, liike-, elinkeino- tai ammattisalaisuuden tahi salaisen menettelytavan, taikka tietoja, joiden ilmaiseminen loukkaisi yleistä järjestyä (ordre public).

#### 28 artikla

Tämä sopimus ei koske kansainoikeuden yleisesti hyväksytyjen sääntöjen tai erityisten sopimusten määräysten mukaisia diplomaattisten tai konsulivirkamiesten verotuksellisia etuoikeuksia.

#### 29 artikla

(1) Tämä sopimus on ratifioitava ja ratifioimisasiakirjat vaihdettava mahdollisimman pian Helsingissä.

(2) Sopimus tulee voimaan ratifioimisasiakirjojen vaihdon tapahduttua ja sovelletaan sitä ensimmäisen kerran:

- a) Suomessa:  
verovuodelta 1963 suoritettaviin veroihin (verotusvuosi 1964),
- b) Itävallassa:  
veroihin, jotka kannetaan joulukuun 31 päivän 1962 jälkeen.



**Artikel 30**

Dieses Abkommen bleibt so lange in Kraft, bis es von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen durch eine schriftliche Mitteilung auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist auf das Ende eines Kalenderjahres kündigen.

In diesem Fall ist das Abkommen letztmals anzuwenden:

## a) in Finnland:

für die Steuern des Steuerjahres, in dem die Kündigung ausgesprochen wurde,

## b) in Österreich:

für die Steuern, die für das Kalenderjahr erhoben werden, in dem die Kündigung ausgesprochen wurde.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 8. Oktober 1963, in zweifacher Ausfertigung, in deutscher und finnischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind.

Für die Republik Österreich:  
gez. Dr. Josef Stangelberger

**30 artikla**

Tämä sopimus on voimassa siksi kunnes sen jompikumpi sopimusvaltio irtisanoo. Kumpikin sopimusvaltio voi diplomaattista tietä tehtävällä kirjallisella ilmoituksella irtisanoa sopimuksen päättymään kuuden kuukauden irtisanomisajan kuluttua kalenterivuoden lopussa.

Tässä tapauksessa sovelletaan sopimusta viimeisen kerran:

## a) Suomessa:

siltä verovuodelta määrättäviin veroihin, jona irtisanominen tapahtui,

## b) Itävallassa:

siltä kalenterivuodelta kannettaviin veroihin, jona irtisanominen tapahtui.

Tämän vakuudeksi ovat molempien valtioiden valtuutetut allekirjoittaneet tämän sopimuksen ja varustaneet sen sineteillä.

Tehty Wienissä 8 päivänä lokakuuta 1963 kahtena kappaleena saksan ja suomen kielillä molempien tekstien ollessa todistusvoimaisia.

Suomen Tasavallan puolesta:  
gez. Otso Wartiovaara

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Abkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesem Abkommen enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 18. Dezember 1963.

Der Bundespräsident:  
Schärf

Der Bundeskanzler:  
Gorbach

Der Bundesminister für Finanzen:  
Korinek

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:  
Kreisky

Dieses Abkommen ist gemäß seinem Artikel 29 Absatz 2 am 29. Jänner 1964 in Kraft getreten.

Gorbach



# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bezugspreis des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich, Jahrgang 1964, beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 120.— für Inlands- und S 170.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Bezugsmeldungen werden von der Vertriebsabteilung der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg Nr. 12a, entgegengenommen.

Den bisherigen Beziehern des Bundesgesetzblattes gehen Erlagscheine zu. Neue Bezieher wollen den Bezugspreis auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178 überweisen. Erlagscheine werden ihnen auf Verlangen zugesendet.

Die Zustellung des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, rechtzeitig den Bezug anzumelden und den Bezugspreis zu überweisen. Dieser kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 30 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.— für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt Nr. 16, Telephon 63 17 85 Serie, sowie in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien I, Wollzeile Nr. 27a, Telephon 52 43 42 und 52 37 78.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind längstens binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Vertriebsabteilung der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg Nr. 12a, anzufordern.

Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.